

Öffentliches Wirtschaftsrecht

Ein Studienbuch

Bearbeitet von
Prof. Dr. Jan Ziekow

4. Auflage 2017. Buch. XXV, 338 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 70264 8
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Wirtschaftsverwaltungsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Ziekow
Öffentliches Wirtschaftsrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Wirtschaftsrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Ein Studienbuch

von

Dr. Jan Ziekow

o. Professor an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

4., neu bearbeitete Auflage, 2016

C. H. BECK 

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 70264 8

© 2016 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Nur wenige rechtlich geregelte Bereiche entfalten eine den Feldern des öffentlichen Wirtschaftsrechts vergleichbare Dynamik. Die seit dem Erscheinen der 3. Auflage eingetretenen Wandlungen machten eine Neuauflage zwingend erforderlich. Sie ist daher nicht nur auf den neuesten Stand von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur vom Frühjahr 2016 gebracht, sondern auch in vielen Passagen neu bearbeitet worden. Dies gilt insbesondere für den das Vergaberecht behandelnden § 9, der aufgrund der 2016 in Kraft getretenen Novellierung des Vergaberechts in weiten Teilen neu geschrieben wurde.

Beibehalten wurde das sehr freundlich aufgenommene Konzept des Buches, das ich im Vorwort zur 1. Auflage wie folgt beschrieben habe:

Das Verhältnis von Wirtschaft und Staat ist seit Jahrhunderten eine der zentralen Gestaltungsaufgaben der jeweiligen politischen Ordnung. Mit unterschiedlicher Intensität und verschiedenen Instrumenten der Einwirkung versucht der Staat, die nach seinem politischen Vorverständnis optimale Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sicherzustellen. Wandlungen des Staatsverständnisses in den zurückliegenden Jahren haben dazu geführt, dass zentrale Bereiche wirtschaftsbezogener staatlicher Regelungen neu justiert wurden. Der Einfluss des internationalen Wirtschaftsrechts und des EU-Rechts hat ein Übriges dazu beigetragen, dass sich das Öffentliche Wirtschaftsrecht zu einem der dynamischsten Referenzgebiete des Verwaltungsrechts entwickelt hat.

Entsprechend größer ist die Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts in der Praxis geworden, und die juristische Ausbildung wird nicht umhin kommen, dem Rechnung zu tragen. Geschrieben ist das Buch in erster Linie für Studierende der Rechtswissenschaft – auch der wirtschaftsrechtlichen Studiengänge an Fachhochschulen. Es eignet sich aber ebenfalls zur Wiederholung und zielgerichteten Information für Referendarinnen und Referendare sowie in der Praxis tätige Personen. Studierende anderer Disziplinen, insbesondere der Volks- oder Betriebswirtschaft, mögen von der Darstellung ebenfalls profitieren können.

Konzeptionell ist der Band als Lernbuch angelegt. An dieser Vorgabe sind Stoffauswahl, Aufbau der Darstellung und Auswahl der Rechtsprechungs- und Schrifttumsnachweise orientiert. Durch den Stoff der einzelnen Kapitel führen jeweils vorangestellte Fälle, die darüber hinaus am Schluss jedes Kapitels in einer Lösungsskizze zusammenfassend gliedert werden. Zusätzliche Prüfungsübersichten sollen es erleichtern, das erarbeitete Wissen in Übungs- und Prüfungsarbeiten erfolgreich einbringen zu können. In Anbetracht der nicht selten aufgegebenen Beurteilung der Erfolgsaussichten eines Rechtsbehelfs sind durchweg Überlegungen zu den Rechtsschutzaspekten der jeweiligen Materie aufgenommen worden.

Ohne die wertvolle Unterstützung meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätte auch die 4. Auflage nicht erscheinen können. Um die Aktualisierung der Gesetzes- und Schrifttumsnachweise sowie die Korrektur der Druckfahnen hat sich Frau gepr. Rechtskandidatin *Victoria Ziekow* verdient gemacht. Das Manuskript ist von meiner Sekretärin, Frau *Ruth Nothnagel*, fachkundig betreut worden. Für Fehler bleibe ich selbstverständlich allein verantwortlich. Kritik und Anregungen sind ausdrücklich er-

beten und erreichen mich unter ziekow@uni-speyer.de. Seitens des Verlages ist der Entstehungsprozess geduldig von Herrn Dr. *Johannes Wasmuth* begleitet worden, dessen beharrliche Erinnerungen unzweifelhaft die Fertigstellung auch dieser Auflage befördert haben.

Speyer, im Juli 2016

Jan Ziekow

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungs- und Literaturverzeichnis xvii

§ 1. Zur Studienrelevanz des Öffentlichen Wirtschaftsrechts 1

1. Abschnitt. Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft 7

§ 2. Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft .. 7

I. Die Bedeutung historischer Entwicklungslinien 7

II. Vom Spätmittelalter bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts 7

1. Wirtschaft und Obrigkeit im Spätmittelalter 7

2. Die Wirtschaftspolitik der Territorialstaaten 8

III. Von der Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen bis zum Ende des Nationalsozialismus 9

1. Die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts 9

2. Norddeutscher Bund und Deutsches Reich 10

§ 3. Die Ordnung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts 12

I. Begriff und Gegenstände des Öffentlichen Wirtschaftsrechts 12

II. Öffentliches und privates Wirtschaftsrecht 14

III. Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik 15

IV. Wirtschaftsverfassungsrecht 15

1. Die sog. Wirtschaftsverfassung 15

2. Zuständigkeitsverteilung 16

3. Grundrechtsschutz wirtschaftlicher Tätigkeit 18

a) Berufsfreiheit 18

b) Eigentumsgewährleistung 24

c) Weitere Grundrechte 27

V. Europäisches Wirtschaftsrecht 28

1. Grundlagen 28

2. Grundfreiheiten 30

a) Verbot und Rechtfertigung von unmittelbaren

Diskriminierungen 31

b) Verbot und Rechtfertigung von mittelbaren

Diskriminierungen und sonstigen Beschränkungen 32

c) Die einzelnen Grundfreiheiten 36

aa) Freiheit des Warenverkehrs 36

bb) Arbeitnehmerfreizügigkeit 40

cc) Niederlassungsrecht 40

dd) Dienstleistungsfreiheit 44

ee) Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs 49

§ 4. Organisation der Wirtschaftsverwaltung 51

I. Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung 51

II. Staatliche Wirtschaftsverwaltung 52

III. Selbstverwaltung der Wirtschaft	54
1. Erscheinungsformen und Aufgaben	55
2. Organisation	58
3. Pflichtmitgliedschaft	58
4. Rechtsschutz bei Aufgabenüberschreitungen	60
IV. Beteiligung Privater an der Wirtschaftsverwaltung	62
1. Beleihung	63
2. Verwaltungshelfer und Erfüllungsgehilfen der Behörde	63
3. Weitere Formen	64
2. Abschnitt. Staatliche Einflussnahmen auf wirtschaftliches Handeln	65
§ 5. Einwirkungsformen und -instrumente	65
I. Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsförderung	65
II. Wirtschaftsaufsicht	66
III. Instrumente der Einzeleinwirkung	67
1. Rechtsförmliches Handeln	68
a) Anzeige- und Genehmigungspflicht	68
b) Begleitende Überwachung	69
c) Anordnungen und Untersagungen	71
d) Vertragliches Handeln	72
2. Informales Handeln	72
3. Überwachungsbezogene Pflichten von Unternehmen	73
§ 6. Subventions- und Beihilfenrecht	74
I. Begriff, Ziele und Formen von Subventionen und Beihilfen	75
1. Verwendete Begrifflichkeiten	75
2. Das Subventionsverhältnis	76
II. Zulässigkeit der Subventionsgewährung	79
1. Nationales Recht	79
2. Die Zulässigkeit von Beihilfen nach Europarecht	81
a) Der Begriff der Beihilfe	81
aa) Staatliche Maßnahme oder Maßnahme unter Inanspruchnahme staatlicher Mittel	82
bb) Gewährung eines Vorteils an den Begünstigten	84
cc) Selektivität der Maßnahme	88
dd) Wettbewerbsverfälschung	89
ee) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	90
b) Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt	91
aa) Legalbeihilfen	92
bb) Ermessensbeihilfen	92
c) Verfahren	94
3. Anspruch auf Subventionsgewährung	96
III. Öffentlich-rechtliche oder privatechtliche Ausgestaltung des Subventionsverhältnisses	97
1. Unterscheidung nach Subventionstypen	97
a) Verschonungssubventionen	97

b)	Zahlungssubventionen	97
aa)	Auszahlung durch staatliche Stelle	97
bb)	Auszahlung im Bankenverfahren	98
c)	Realsubventionen	99
d)	Darlehenssubventionen	99
e)	Gewährleistungssubventionen	100
2.	Differenzierung nach Regimeentscheidungen	101
a)	Ausschließlich öffentlich-rechtliche Ausgestaltung	101
b)	Ausschließlich privatrechtliche Ausgestaltung	102
c)	Kombiniert öffentlich-rechtliche/privatrechtliche Ausgestaltung	102
IV.	Rückabwicklung des Subventionsverhältnisses	103
1.	Die Rückabwicklung nach nationalem Recht	103
a)	Beseitigung der Grundlage der Subventionsgewährung	104
aa)	Subventionsentscheidung durch Verwaltungsakt	104
bb)	Subventionsentscheidung durch Vertrag	107
b)	Rückforderung der gewährten Subvention	107
aa)	Rückforderung in einstufigen Subventionsverhältnissen	107
bb)	Rückforderung in zweistufigen Subventionsverhältnissen	109
2.	Besonderheiten bei der Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen	109
a)	Der Rückforderungsbeschluss der Kommission	111
b)	Rückforderung der Beihilfe durch den Mitgliedstaat	112
aa)	Rücknahme von rechtswidrigen Beihilfebescheiden	113
bb)	Rückabwicklung bei vertraglich gewährten Beihilfen	115
cc)	Die Bedeutung von Schwierigkeiten bei der Rückforderung	115
V.	Rechtsschutz	116
1.	Rechtsschutz des von einer Subvention oder Beihilfe begünstigten Unternehmens	117
a)	Streitigkeiten bei der Durchführung des Subventionsverhältnisses	117
b)	Rechtsschutz gegen die Rückabwicklung	117
aa)	Grundsätze	117
bb)	Beihilfenrechtliche Besonderheiten	118
2.	Rechtsschutz eines am Erhalt einer Subvention bzw. Beihilfe interessierten Unternehmens	119
3.	Rechtsschutz bei Förderung eines konkurrierenden Unternehmens	120
a)	Negative Konkurrentenklage	120
b)	Konkurrentenrechtsschutz im Beihilfenrecht	120
3. Abschnitt.	Der Staat im Markt	126
§ 7.	Öffentliches Unternehmens- und Wettbewerbsrecht	126
I.	Formen staatlicher Wettbewerbsteilnahme	126
1.	Zum Begriff „Öffentliche Unternehmen“	126

a)	Unionsrechtliches Begriffsverständnis	126
b)	Begriffsverständnis im deutschen Recht	128
2.	Organisationsformen öffentlicher Unternehmen	129
a)	Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	129
aa)	Eigenbetrieb	129
bb)	Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	130
cc)	Zweckverband	130
b)	Privatrechtliche Organisationsformen	131
aa)	GmbH und AG	131
bb)	Sonstige	132
II.	Regelungsrahmen	132
1.	Unionsrechtliche Vorgaben	132
a)	Grundfreiheiten	132
b)	Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen (Art. 106 AEUV)	133
aa)	Allgemeine Wettbewerbsregel (Art. 106 I AEUV)	133
bb)	Ausnahmen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Art. 106 II AEUV)	134
2.	Verfassungsrecht	136
a)	Grundsätzliche Zulässigkeit wirtschaftlicher Tätigkeit des Staates?	136
b)	Insbesondere: Bedeutung der Grundrechte	137
3.	Haushaltsrecht	138
4.	Wettbewerbsrecht	139
III.	Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden	140
1.	Art. 28 II GG als Legitimationsgrundlage wirtschaftlicher Betätigung	140
2.	Kommunalverfassungsrechtliche Beschränkungen in sachlicher Hinsicht	141
a)	Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung im Allgemeinen	141
aa)	Zum Begriff „wirtschaftliche Betätigung“	141
bb)	Schrankentrias	142
cc)	Genehmigungs- und Anzeigepflichten	143
b)	Zulässigkeit der Führung von Unternehmen in Privatrechtsform	144
3.	Kommunalverfassungsrechtliche Beschränkungen in räumlicher Hinsicht	145
IV.	Rechtsschutzfragen	146
1.	Rechtsprechung vor 2002: Wettbewerbsrechtlicher Schutz gegen Marktzutritt der öffentlichen Hand	147
a)	Verwaltungsgerichte: Kein öffentlich-rechtlicher Abwehrenspruch	147
b)	Zivilgerichte: Konkurrentenschutz über § 3 UWG	147
2.	Rechtsprechung ab 2002: Öffentlich-rechtliche statt wettbewerbsrechtliche Abwehrensprüche	148
a)	BGH: Verstoß gegen Schrankentrias kein unlauterer Wettbewerb	148
b)	Folge: Verwaltungsgerichtlicher Konkurrentenschutz	148

§ 8. Privatisierungsrecht	151
I. Begriff und Formen der Privatisierung	151
1. Zum Begriff „Privatisierung“	151
2. Formen der Privatisierung	152
a) Formelle Privatisierung	152
b) Funktionale Privatisierung	153
aa) Begriff	153
bb) Insbesondere: Public Private Partnership (PPP)	153
c) Materielle Privatisierung	155
II. Rechtliche Rahmenbedingungen für Privatisierungen	156
1. Staatliche Kernaufgaben und Eingriffsverwaltung	156
2. Leistungsverwaltung	157
a) Verfassungsrechtliche Bindungen	157
b) Einfachgesetzliche Bindungen	160
3. Annexaufgaben	160
§ 9. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge	161
I. Begriff und Zielrichtung	161
II. Anwendbares Recht	162
1. Für alle Beschaffungsvorgänge geltendes Recht	163
2. Vergaben ab Erreichen der Schwellenwerte	165
a) Europäisches Vergaberecht	165
b) Nationales Vergaberecht	166
c) Wesentliche Weichenstellungen	167
aa) Abgrenzung öffentlicher Auftrag/Konzession	167
bb) Abgrenzung Bauauftrag/Liefer- oder Dienstleistungsauftrag	168
3. Vergaben unterhalb der Schwellenwerte	168
III. Der sachliche Anwendungsbereich des Vergaberechts	169
1. Der Begriff des öffentlichen Auftrags	169
2. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich des Vergaberechts	173
a) Systematik der öffentlich-öffentlichen Kooperationen	173
b) Das Inhouse-Geschäft	174
aa) Wesen	174
bb) Voraussetzungen	175
c) Die sog. Instate-Geschäfte	177
3. Public Private Partnership und Vergaberecht	179
IV. Der persönliche Anwendungsbereich des Vergaberechts	180
1. Von der institutionellen zur funktionellen Betrachtungsweise	180
2. Der Auftraggeberbegriff ab Erreichen der Schwellenwerte	180
a) Institutionelle Auftraggeber	180
b) Funktionale Auftraggeber	181
aa) Juristische Person	181
bb) Im Allgemeininteresse liegende Aufgaben	181
cc) Nichtgewerblicher Art	182
dd) Besonderer Gründungszweck	183
ee) Besondere Staatsnähe	184

3. Der Auftraggeberbegriff unterhalb der Schwellenwerte	184
4. Der funktionale Unternehmensbegriff	185
V. Grundsätze des Vergaberechts	185
1. Rechtsgrundlagen und Bedeutung im Vergaberecht	185
2. Allgemeine Strukturprinzipien (§ 97 I und II GWB)	185
a) Wettbewerbsprinzip	185
b) Gleichbehandlungs- und Transparenzgebot	186
3. Förderung des Mittelstands	186
4. Die Auswahl von Angeboten	186
a) Bieterbezogene Auswahlkriterien (§§ 122ff. GWB)	187
b) Angebotsbezogene Auswahlkriterien: Wirtschaftlichstes Angebot (§ 127 GWB)	187
c) Ausführungsbedingungen (§§ 128f. GWB)	188
5. Die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Gesichtspunkte	189
VI. Das Vergabeverfahren	191
1. Verfahrensarten	191
a) Verfahrensarten ab Erreichen der Schwellenwerte	191
b) Verfahrensarten unterhalb der Schwellenwerte	191
c) Bestimmung der richtigen Verfahrensart im Einzelfall	191
2. Überblick über den Verfahrensablauf	192
a) Offenes Verfahren/Öffentliche Ausschreibung	192
aa) Publizitätsphase	193
bb) Angebotsphase	194
cc) Prüfungs- und Wertungsphase	194
dd) Zuschlagsphase	195
b) Nichtoffenes Verfahren/Beschränkte Ausschreibung	196
c) Verhandlungsverfahren/Freihändige Vergabe	196
VII. Fehlerfolgen	196
1. Die Regelung der §§ 134, 135 I Nr. 1 GWB	197
2. Die Unwirksamkeit von „De-facto-Vergaben“ nach § 135 I Nr. 2 GWB	197
3. Kündigung nach § 133 I Nr. 3 GWB und sonstige Fehlerfolgen	197
VIII. Rechtsschutz	198
1. Rechtsschutz ab Erreichen der Schwellenwerte	198
a) Primärrechtsschutz: Das Nachprüfungsverfahren	198
aa) Zulässigkeit	199
bb) Verfahren und Entscheidung	200
cc) Rechtsmittel	201
b) Sekundärrechtsschutz	201
2. Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte	201

4. Abschnitt. Bereiche des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mit primär ordnungsrechtlicher Zielsetzung 204

§ 10. Gewerberecht	204
I. Zielsetzung und Anwendungsbereich der Gewerbeordnung	205
II. Begriff des Gewerbes	205

1. Funktion	206
2. Gewerbsmäßigkeit	206
a) Erlaubte und nicht sozial-unwertige Tätigkeit	206
b) Gewinnerzielungsabsicht	207
c) Betätigung auf Dauer	208
d) Selbständigkeit	209
3. Gewerbsfähigkeit	209
a) Urproduktion	209
b) Freie Berufe	210
c) Verwaltung eigenen Vermögens	211
III. Für die einzelnen Gewerbearten geltende Anforderungen	212
1. Grundsatz der Gewerbefreiheit	213
2. Stehendes Gewerbe	214
a) Anzeigepflicht	214
b) Besondere Genehmigungsbedürftigkeit	216
aa) Wirkung und Aufhebung der Genehmigung	216
bb) Gewerbeüberwachung und Folgen fehlender Genehmigung	217
c) Untersagung wegen Unzuverlässigkeit	219
aa) Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit	219
bb) Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich des § 35 GewO	223
cc) Maßnahmen bei Unzuverlässigkeit	225
dd) Rechtsschutzfragen	227
3. Reisegewerbe	228
4. Marktgewerbe	230
a) Veranstaltungstypen	231
b) Beteiligte des Marktrechtsverhältnisses	232
c) Festsetzung der Veranstaltung	233
d) Wirkungen der Festsetzung	234
aa) Teilnahmeanspruch	235
bb) Auswahlkriterien bei Teilnahmebeschränkungen	236
e) Veranstaltung als kommunale Einrichtung	238
§ 11. Handwerksrecht	241
I. Regelungsgrundsätze	241
1. Zielsetzung	241
2. Verfassungsrechtliche Fragen	242
a) Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG	242
b) Vereinbarkeit mit Art. 3 I GG	243
3. Unionsrechtliche Vorgaben	244
II. Der Begriff des Handwerks	245
1. Selbständiger Betrieb eines stehenden Gewerbes	246
2. Handwerksfähigkeit	246
3. Handwerksmäßigkeit	247
4. Betriebsformen	248
5. Zulassungsfreie und handwerksähnliche Gewerbe	250

III. Voraussetzungen der Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks	251
1. Eintragung in die Handwerksrolle	251
a) Meisterprüfung	252
b) Ausnahmegewilligung nach § 8 HandwO	252
c) Eintragung in Fällen mit Unionsrechtsbezug	253
d) Ausübungsberechtigung	254
2. Eintragungsunabhängige Ausübung von Tätigkeiten	254
IV. Eintragung, Löschung, Überwachung und Untersagung	254
1. Eintragung und Löschung in der Handwerksrolle	254
a) Eintragung	254
b) Löschung	255
2. Überwachung und Untersagung	256
a) Überwachung	256
b) Untersagung	257
V. Berufsbildung im Handwerk	258
VI. Organisation des Handwerks	258
§ 12. Gaststättenrecht	260
I. Struktur und Regelungsziele des Gaststättenrechts	260
II. Begriff des Gaststättengewerbes	262
1. Gewerbebetrieb	262
2. Zulässiger Bewirtungstyp	263
3. Zugänglichkeit	263
III. Gaststättenerlaubnis	264
1. Erlaubnispflicht	264
2. Voraussetzungen der Erlaubniserteilung	265
a) Persönliche Versagungsgründe	265
b) Sachliche Versagungsgründe	267
aa) Innerbetriebliche Gestaltung	267
bb) Widerspruch zu öffentlichem Interesse	268
c) Rechtsschutz	270
3. Inhalt der Erlaubnis	272
4. Auflagen	272
5. Rücknahme und Widerruf	273
IV. Betriebsbezogene Regelungen	274
1. Überwachung durch die Behörden	274
2. Sperrzeitregelungen	275
5. Abschnitt. Regulierung von Infrastrukturen	278
§ 13. Grundgedanken und Strukturen eines Regulierungsrechts	278
I. Die Diskussion um ein Regulierungsrecht	278
II. Zum Begriff der Regulierung	279
III. Der Regulierungsgedanke im Kontext gewährleistungsstaatlichen Denkens	280
IV. Strukturen einer Regulierungsverwaltung	282

1. Behördenorganisation	282
2. Instrumente und Verfahren	283
§ 14. Telekommunikation	285
I. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen	286
1. Zum Begriff „Telekommunikation“	286
a) Telekommunikation als technischer Vorgang der Signalübermittlung	286
b) Abgrenzung zu den übermittelten Inhalten	286
2. Wesentliche Rechtsquellen des Telekommunikationsrechts	287
II. Meldepflichten, Frequenzvergabe und Nummernverwaltung	288
1. Meldepflichten der Netzbetreiber und Diensteanbieter	288
2. Frequenzvergabe und Nummernverwaltung durch die BNetzA	289
III. Regulierung der Telekommunikationsmärkte	290
1. Übersicht über die Verpflichtungen des Regulierungsrechts	290
2. Allgemeine Verfahrensvorschriften zur Marktregulierung	291
a) Übersicht über das Regulierungsverfahren	291
b) Marktdefinition	293
aa) Entscheidungskriterien	293
bb) Verfahrensbeteiligungen	294
c) Marktanalyse	295
aa) Entscheidungskriterien	295
bb) Verfahrensbeteiligungen	296
d) Regulierungsverfügung	296
3. Regulierung des Zugangs zu Infrastruktur und Dienstleistungen	297
a) Gesetzliche Angebotspflicht aller Netzbetreiber	297
b) Marktmachtunabhängige Zugangsverpflichtungen	298
c) Marktmachtabhängige Zugangsverpflichtungen	298
aa) Regulierungsverfügungen gemäß § 21 TKG	298
bb) Begleitende Verpflichtungen gem. §§ 19, 20, 23, 24 TKG	299
d) Anordnung des Zugangs bei unterbliebener Zugangsvereinbarung	300
4. Regulierung der Entgelte für Zugang und Dienstleistungen	301
5. Besondere Missbrauchsaufsicht	303
IV. Garantie der Universaldienstleistungen	303
§ 15. Energiewirtschaft	305
I. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen	306
1. Energiewirtschaft im weiteren Sinne	306
2. Energiewirtschaft im engeren Sinne (Elektrizitäts- und Gaswirtschaft)	306
3. Wesentliche Rechtsquellen der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft	307
II. Zulassung von Energieversorgern und Energieanlagen	308
1. Zulassung von Energieversorgungsunternehmen	308
a) Aufnahme des Netzbetriebs	308
b) Anzeige der Energiebelieferung von Haushaltskunden	309
2. Zulassung von Energieanlagen	309

III. Regulierung des Betriebs von Energieversorgungsnetzen	310
1. Netzanschluss	310
2. Netzzugang	311
a) Anspruch auf Netzzugang	311
b) Entgelte für den Netzzugang	312
c) Sonderbestimmungen des EEG und KWKG	313
3. Missbrauchsaufsicht und Sanktionen	313
IV. Versorgung der Letztverbraucher	315
1. Grundversorgungspflicht	315
2. Wegenutzung für Leitungsbetrieb	315
Sachverzeichnis	317